

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Reichsstraße 9-5 Uhr. Berlin S.W. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Der Budapester Fälscherstandal.

Der verhaftete Polizeichef. — Windischgrätz' Spielschulden.

Budapest, 4. Januar. (M.) Die Polizei hat in der Staatlichen Kartographischen Anstalt eine Hausdurchsuchung vornehmen lassen, weil der Verdacht aufgetaucht war, daß hier das Fälschergeld fertiggestellt oder mindestens aufbewahrt worden ist. Die Polizei legt ihre Ermittlungen mit etwa hundert Kriminalbeamten fort und hat im Laufe des Tages zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Politikern der radikalen Rechtsparteien vorgenommen, von denen mehrere verhaftet und vom Untersuchungsrichter vernommen wurden. Die Polizei gibt die Namen dieser Persönlichkeiten vorläufig noch nicht bekannt.

Begreiflicherweise haben die Fälschungen gerade in Frankreich das größte Aufsehen erregt. Der französische Gesandte in Budapest, Clichant, ist nach Paris, der ungarische Gesandte in Paris, Baron Koranyi, nach Budapest abgereist. Die französische Presse ergeht sich in schärfsten Angriffen gegen die ungarische Regierung. Sie wirft ihr vor, daß die ungarischen Behörden ihre Ermittlungen nur sehr ungenügend und lässig vorgenommen hätten, und daß den nach Ungarn entsandten französischen Sachverständigen die Arbeit sehr erschwert worden sei.

Die heutigen Untersuchungen haben ergeben, daß der Chef der Landespolizei, Kadoffi, der zunächst die Untersuchungen in der Roten Fälscherangelegenheit geführt hat, seine Stellung mißbraucht hat und falsche Meldungen über den Stand der Angelegenheit an die vorgesetzten Dienststellen gegeben hat. So hat er dem Auswärtigen Amt falsche Berichte über den in Holland verhafteten ungarischen Oberst Jankowitsch erstattet,

bei dem die holländischen Behörden einen Kurierpaß der ungarischen Regierung und in seinem amtlich versiegelten Kuriergepäck zehn Millionen Franken falscher französischer Banknoten gefunden hatten. Der verhaftete Polizeichef gab in seinen Berichten an, daß der verhaftete Oberst ein durchaus vertrauenswürdiger Mann sei, gegen den kein Verdacht vorliege, und daß man ihm ohne Bedenken einen Kurierpaß nach Holland ausstellen könne und sein Gepäck versiegeln könne. . . . Man macht ihm den schweren Vorwurf, daß er bewußt das Auswärtige Amt getäuscht habe.

Im Laufe des Nachmittags verhörte die Polizei den früheren Ministerpräsidenten, den Grafen Paul Teleki, der gegenwärtig in der irredentistischen Bewegung eine große Rolle spielt und kürzlich Präsident jener Vereinigungen wurde, an deren Spitze als Protektor Erzherzog Albrecht steht. Bekanntlich war er auch Mitglied der Rosillatkommission, deren Gutachten dem Genfer Beschluß als Grundlage diente.

Unter den rechtsradikalen Abgeordneten, die in die Angelegenheit verwickelt sind, wird auch der Abgeordnete Ullain genannt, der wegen eines Putschversuches aus Ungarn geflohen ist und sich zurzeit auf italienischem Boden aufhält.

Neuerdings wurde von der Polizei festgestellt, daß der verhaftete Prinz Windischgrätz, der früher als Majoratsherr über sehr große Ländereien verfügte, infolge Spielschulden gänzlich verarmt ist. Es wird daher auch vermutet, daß materielle Beweggründe für die Fälschungen mit vorhanden waren.

mit seiner Stellung als ideologischen Führers der Partei und Mitglieds des ZK. für unvermeidbar. Die Untersuchung der weiteren Parteitage Maslows kann sich erst entscheiden, wenn die ZK. die Möglichkeit besitzen wird, Maslow persönlich zu vernehmen.

Da Maslow demnächst aus der Gefängnishaft entlassen wird (es soll ihm die Hälfte seiner Strafzeit gestrichen werden), wird er also entweder nach Moskau zum Standgericht ziehen müssen, oder in Deutschland jede politische Rolle ausgespielt haben.

Die Vereinigten Staaten für Abrüstung. Wo bleibt die Sowjetunion?

Washington, 4. Januar. (M.) Präsident Coolidge hat den Kongress in einer besonderen Botschaft um die Bewilligung von 30 000 Dollar zur Bestreitung der Kosten der Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses für Abrüstungsfragen ersucht. Er erklärt, daß nach seiner Überzeugung die Vereinigten Staaten, soweit die vorbereitende Untersuchung in Betracht komme, bis zu den Grenzen mitarbeiten sollten, die sich mit den festliegenden Richtlinien der Vereinigten Staaten vertragen.

Coolidge hat in der Frage, ob die Vereinigten Staaten an den vorbereitenden Arbeiten des Völkerbundes für eine Abrüstungskonferenz teilnehmen sollen, bisher ebenso vorsichtig wie erfolgreich operiert. Das „Weiße Haus“ in Washington hüllte sich zuerst in Schweigen, als die Einladung des Völkerbundesrates um die Dezembermitte einlief. Als die Zeitungen in ihrer überwiegenden Mehrheit sich nicht gegen, sondern eher für die Annahme der Einladung aussprachen, setzte er sich mit maßgebenden Senatoren in Verbindung, um unter der Hand ihre Meinung zu erfahren. Dann spielte er die Stimmung des Landes gegen den Senat aus und besetzte sich mit der auch jetzt wieder angewandten Formel, daß Amerika sich in den Bahnen der traditionellen Enthaltsamkeit von europäischen Komplikationen halte, den aus der Zeit Wilsons stammenden Widerstand gegen eine aktive Außenpolitik. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß Coolidges Antrag, ihm 200 000 Mark Delegationskosten für die Vertretung Amerikas in Genf zu bewilligen, angenommen wird.

Werden somit die Vereinigten Staaten in wenigen Wochen sich zum erstenmal seit der Versailler Friedenskonferenz sich nicht nur als „Beobachter“, sondern als vollgültige Vertretung an europäischer Konferenzarbeit beteiligen, so fehlt bis jetzt noch die Sicherheit dafür, daß die andere Großmacht, deren Teilnahme nicht von vornherein selbstverständlich war, daß die Sowjetunion den gleichen Entschluß fassen wird. Für den Fortschritt der europäischen Landabrüstung wäre das Fernbleiben Amerikas allenfalls zu ertragen. Das Fernbleiben der Sowjetunion würde die langsam einsetzende Entwicklung im Keime ersticken. Wohl ausnahmslos alle osteuropäischen Staaten würden dann Gründe und Vorwände genug finden, um nun auch ihrerseits das Werk der internationalen Befriedung zu sabotieren. Die Sowjetunion erklärt sich zwar grundsätzlich für die Abrüstung; eine Weigerung aber, etwa wegen der umgekehrt gebliebenen Ermordung Bronkhis jede Konferenz auf Schweizer Boden abzulehnen, würde in Mittel- und Westeuropa als Vorwand aufgefaßt und das für die russische Wirtschaft notwendige Hineinwachsen in die europäische und die Weltwirtschaft auf das schwerste gehemmt werden. Das deutsche Interesse an der Abrüstung ist andererseits so groß, daß es durchaus einen Schritt bei der Sowjetunion rechtfertigen würde, um ihre gefährlichen Widerstände gegen eine Politik zu besiegen, die in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse liegt.

Volksbegehren und Volksentscheid.

Zur Frage der Fürstenabfindung.

Von Wilhelm Dittmann.

In den letzten Wochen ist anlässlich der Fürstenabfindung viel von Volksbegehren und Volksentscheid geredet und geschrieben worden. Je nach der Erledigung, die der demokratische Antrag auf reichsgerichtliche Regelung der Fürstenabfindung im Reichstage erfährt, kann die Frage des Volksentscheids akut werden. Deshalb ist es angebracht, einmal den Verlauf und die Durchführung einer politischen Aktion zu schildern, die durch Volksbegehren den Volksentscheid nach Artikel 73 der Reichsverfassung herbeiführen will.

Viele, die vom Volksentscheid reden, stellen sich seine Durchführung als die einfachste Sache von der Welt vor. Wäre das richtig, so hätten wir in den sieben Jahren, seitdem ihn die Weimarer Verfassung eingeführt hat, sicher schon des öfteren einen Volksentscheid erlebt. Anläufe dazu sind wiederholt gemacht worden, aber jedesmal in den ersten Anfängen stecken geblieben. Die Organisationen der Siedler und der Mieter, die in stürmischer Begeisterung solche Aktionen eingeleitet hatten, haben sie sehr bald lang- und kluglos im Sande verlaufen lassen, und die Aufwertungsorganisationen, die seit Monaten das Problem erörtern, haben bisher die Schwierigkeiten seiner Durchführung nicht überwunden. Es ist auch kein Zufall, daß gerade die größten Parteien rechts und links, die Deutschen und die Sozialdemokraten, bisher noch nicht zum Volksentscheid geschritten sind. Sie wissen eben, daß seine Durchführung viel schwieriger ist, als man allgemein in der Öffentlichkeit annimmt.

Der Volksentscheid auf Volksbegehren ist die größte politische Kraftanstrengung, die die Reichsverfassung kennt. Er erfordert weit mehr Aufwand an Zeit, Arbeit und Geld, als eine Reichstagswahl. Wer einen Volksentscheid will, muß durchsetzen können, daß die Frage, die entschieden werden soll, zwei bis drei Monate lang die ganze Öffentlichkeit beherrscht. Während dieser Zeit muß eine sich immer steigende Agitation betrieben werden, die das ganze Volk aufwühlt und mitreißt. Fragen, bei denen das nicht möglich ist, eignen sich nicht für den Volksentscheid.

Die Aktion beginnt mit dem Volksbegehren, dessen Durchführung einen Monat dauert. Dann folgt die Durchberatung des gewünschten Gesetzes im Reichstage, die zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen dürfte. Die dritte Phase der Aktion ist der Volksentscheid selber, dessen Durchführung wieder zwei bis drei Wochen dauern kann. Behördliche Widerstände können leicht noch einige Wochen Verzögerung mehr herbeiführen, so daß die Gesamtdauer der Aktion fast ein Vierteljahr betragen kann. Jedenfalls muß mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden.

Das erste Stadium der Aktion, das Volksbegehren, zerfällt in zwei Abschnitte, in das Zulassungsverfahren und in das Eintragungsverfahren. Der Antrag auf Zulassung ist an den Reichsminister des Innern zu richten und muß von 5000 Reichstagswählern unterschrieben sein. Die 5000 Unterschriften müssen gleichzeitig eine Bescheinigung ihrer Gemeindebehörde beibringen, daß sie Wähler sind. Die 5000 Unterschriften sind nicht erforderlich, wenn der Antragsteller nachweisen kann, daß mindestens 100 000 Stimmberechtigte für den Antrag sind. Für politische Parteien fällt also der Unterschriftenzwang fort. Der Reichsminister des Innern entscheidet, ob der Antrag den gesetzlichen Vorschriften entspricht und veröffentlicht ihn bejahendenfalls im „Reichsanzeiger“.

Das Eintragungsverfahren beginnt frühestens zwei Wochen nach der Veröffentlichung des Antrags und dauert in der Regel 14 Tage, so daß von der Veröffentlichung bis zum Schluß der Eintragung vier Wochen verstreichen. Die Eintragung erfolgt eigenhändig durch die Wähler in Eintragungslisten, die von den Gemeindebehörden öffentlich auszuliegen sind. Wenn sich ein Zehntel der Reichstagswähler — rund 4 Millionen — in die Listen eingetragen haben, gilt der Antrag als genügend unterschrieben. Das Eintragungsergebnis wird dann noch von den Gemeindebehörden bezüglich der Wahlberechtigung der Eingetragenen beurkundet. Daraus folgt die Feststellung des Resultats wie bei der Reichstagswahl und seine Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“. Für die Beurkundung, Feststellung und Veröffentlichung des Gesamtergebnisses für das Reich muß mit einer weiteren Woche, der fünften also, gerechnet werden.

Diese ganze Zeit hindurch muß für das Volksbegehren eine lebhafteste Agitation mit Flugblättern, Plakaten, Handzetteln und Versammlungen getrieben und genau so intensiv gearbeitet werden, wie bei einer Reichstagswahl. Es ist ein Trugschluss zu glauben, man brauche nicht intensiv zu agitieren, weil man ja „nur 4 Millionen“ Stimmen brauche. Die 4 Millionen Stimmen müssen öffentlich und handschriftlich abgegeben werden. Auf dem platten Lande und dort, wo sonst noch die Abhängigkeit der proletarischen Wähler von ihren Arbeitgebern besonders groß ist, wird es sehr schwierig sein, die Eintragung in die Listen durchzuführen. Die Erfahrungen unter dem Dreiklassenwahlrecht im alten Regime beweisen das. Deshalb müssen die Großstädte und die Industriebezirke diesen Ausfall decken. Daraus folgt die Notwendigkeit, hier eine intensive Agitation zu

Das Verfahren gegen Luppe.

Suspendierung vom Amt durch die Kreisregierung.

Nürnberg, 5. Januar. (M.) In einer heute vormittag aus dem Rathaus eingegangenen Entschlebung der Regierung von Mittelfranken wird die Suspendierung Dr. Luppens von seinem Amte als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg ausgesprochen.

Nürnberg, 5. Januar. (M.) Die Entschlebung der Regierung von Mittelfranken, in welcher die Suspendierung Dr. Luppens verfügt wird, wird in der morgigen Stadtratssitzung verlesen werden.

Die die „Nürnberger Zeitung“ berichtet, heißt es in der Verfügung: Für die Entscheidung sei lediglich die Tatsache maßgebend, daß sich in der Führung der städtischen Verwaltung und in der Leitung nach außen Schädigungen ergeben könnten, wenn die einstweilige Suspendierung nicht erfolge. In der Frage, ob die Voruntersuchung zu einer eigentlichen Untersuchung führen oder ob das Verfahren eingestellt werde, sei mit der Suspendierung in keiner Weise Stellung genommen worden.

Kommunistischer Bruderkampf.

Einzelheiten vom russischen Parteitag.

Mit merkwürdiger Eile berichtet die „Rote Fahne“ über die Schlußsitzung des russischen Parteitages. In dieser Sitzung wurde schlußgütige Wälsche gemessen. Der Verlauf des russischen Parteitages ist nämlich gleichzeitig eine ausdrückliche Bestätigung des politischen Todesurteils von Ruth Fischer und Maslow, der einst von Einwohnern inthronisierten Heroen der deutschen Revolution. Endgültig vorher sind die schönen Zeiten, in denen die Parole üblich war, „ohne Maslowismus keine Weltrevolution“. Um das Todesurteil noch einmal ausdrücklich zu bekräftigen, haben die russischen Parteiführer durch die beiden Diskussionsredner Rannulski und Lomnadse Maslow als einen mehr oder minder unfähigen Trottel hinstellen lassen, der zudem sich vor Gericht nicht einwandfrei benommen hat. Ruth Fischer, die bekanntlich in Moskau in der Verbannung sitzt, aufs steife darüber entrüstet, will vor dem Parteitag eine Erklärung abgeben. Sie wird überhaupt nicht vorgelassen! Schließlich läßt sie sich mit einer schriftlichen Erklärung, in der sie Maslows Haltung vor dem Gericht „nicht nur als einwandfrei, sondern auch als eine ausgezeichnete Vertretung der kommunistischen Idee und der kommunistischen Partei“ bezeichnet. Sie erklärt, daß die Angriffe auf Maslow nur aus politischen Motiven erfolgen „um ihn persönlich zu diskreditieren“.

Diese Erklärung der früheren kommunistischen Göttin, die sie selbst nicht einmal vortragen durfte, wird sofort von einer Gegenerklärung der Vertreter der deutschen Parteizentrale beantwortet. Aus dieser Gegenerklärung erfährt man, daß die deutsche Reichsparteikonferenz in einer geheimen Resolution festgestellt hat, daß die Haltung Maslows vor dem Staatsgericht eines Führers der revolutionären Partei, der KPD, unwürdig war“. Diese Behauptung wird mit vielen Einzelheiten belegt und Maslow zwischen den Zeilen zu einem Polizeispiegel gestempelt. Er hat angeblich Protokolle und Briefe, die ihm von der Polizei vorgelegt wurden, ohne weiteres als recht anerkannt. Damit wird die alte Version der Russen wieder aufgegriffen, die schon seit Jahren in Maslow-Tschernierinist einen Polizeispiegel gewittert haben. Zum Schluß wird eine Resolution der Internationalen Kontrollkommission vom 22. November 1925 mitgeteilt, in der es heißt:

„Wie unwürdig das Verhalten Maslows vor dem bürgerlichen Gericht gewesen ist, beweist der Wortlaut folgenden Beschlusses der Internationalen Kontrollkommission am 22. November 1925: Nach Kenntnisnahme des Stenogramms der Maslow-Rede vor dem Gericht erachtete die I.K.K. sein Verhalten als unwürdig und mit seiner Stellung als Parteimitglied, und besonders

betreiben und an Einzelaktionen weit mehr als den prozentualen Durchschnittsanteil aufzubringen. Sonst besteht die Gefahr, daß die 4 Millionen öffentlicher Unterzeichner nicht zusammengebracht werden und damit die ganze Aktion ins Wasser fällt.

Sind die vier Millionen Stimmen aufgebracht, so muß die Regierung den eingereichten Antrag dem Reichstage vorlegen. Der Antrag muß die Form eines ausgearbeiteten Gesetzesentwurfs haben. Der Reichstag berät dann das Gesetz in drei Lesungen und kann es dabei auch noch einer Kommissionsberatung unterziehen. Die Gegner des Gesetzes werden sicher alle Geschäftsordnungsmöglichkeiten ausnützen, die Verabschiedung hinauszuzögern. Sodas man zwei bis drei Wochen für die Reichstagsberatung ansetzen muß. Damit dauert die ganze Aktion dann bereits sieben bis acht Wochen.

Selbstverständlich muß die Beratung des Gesetzes im Reichstage durch eine außerparlamentarische Aktion unterstützt werden. Es muß also eine zweite Agitationskampagne durch Flugblätter, Plakate und Versammlungen einsetzen, um den Druck der öffentlichen Meinung hinter das Gesetz zu stellen.

Nimmt der Reichstag das Gesetz unverändert an, so ist damit die Sache erledigt. Der Volksentscheid ist dann überflüssig geworden, er findet nicht mehr statt. Hat der Reichstag Änderungen an dem Gesetz vorgenommen, so erfolgt der Volksentscheid, dem sowohl das ursprüngliche wie das vom Reichstag veränderte Gesetz unterbreitet wird. Das Volk entscheidet dann, welches der beiden Gesetze angenommen werden soll. Einzelne Reichsteile entscheiden. Bei Verfassungsänderungen muß die Mehrheit aller Stimmberechtigten — also rund 20 Millionen für das Gesetz stimmen.

Die Regierung setzt den Tag der Abstimmung fest und veröffentlicht ihn. Der Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein. Praktisch wird man von der Verabschiedung des Gesetzes im Reichstag bis zum Abstimmungstag mit rund drei Wochen rechnen müssen, sodas insgesamt zehn bis elf Wochen vom Anfang bis zum Ende der ganzen Aktion herauskommen. Selbstverständlich muß nunmehr die Agitation mit Flugblättern, Versammlungen usw. alles überleben, was bereits beim Volksbegehren und bei der Reichstagskampagne geleistet worden ist.

Durch das ebenfalls der Abstimmung unterbreitete, vom Reichstag abgeänderte Gesetz ist die Gefahr der Stimmenzersplitterung unter den Anhängern des Gesetzes gegeben, sodas die Gegner des Gesetzes eventuell die Entscheidung zugunsten des Reichstagsgesetzes — in dem sie dann das kleinere Übel sehen — herbeiführen und den ganzen Volksentscheid illusorisch machen können. Gegenüber solchen Zersplitterungsgefahren muß alle Kraft für den ursprünglichen Entwurf eingesetzt werden. Da er sehr leicht kurz vor dem Ziel an einer solcher Klippe scheitern kann, muß er von vornherein so formuliert werden, das alle Zersplitterungsversuche vor dem Volksentscheid zur Erfolglosigkeit verurteilt sind. Das ist viel schwerer, als die meisten glauben.

Die Kosten eines Volksentscheids auf Volksbegehren werden rund das Eineinhalbfache der Kosten einer Reichstagswahl betragen, wobei die Kosten der Einzeichnungslisten, die der Antragsteller zu tragen hat, ganz untergeordneter Natur sind, da sie kaum mehr als 50000000 betragen werden. Mit 2 bis 2½ Millionen Gesamtkosten für die ganze Aktion wird man rechnen müssen, denn es kommen ja da drei Agitationskampagnen in Frage.

Da rund 40 Millionen Wähler vorhanden sind, muß jede Frage, die zum Volksentscheid gebracht werden soll, von vornherein so gestellt werden, das mehrere Parteien für sie eintreten, um ihr eine Mehrheit zu sichern. Sozialdemo-

kratische Partei und Kommunistische Partei haben bei der letzten Reichstagswahl 7,8 Millionen und 2,7 Millionen, also insgesamt 10,5 Millionen Stimmen aufgebracht von 30,2 Millionen, die überhaupt abgegeben worden sind. Selbst wenn beide Parteien zusammengehen, so können sie eine Mehrheit mit Sicherheit nur aufbringen, wenn sie aus den Mittelschichten noch beträchtliche Massen für sich gewinnen, oder mindestens neutralisieren können. Dieser Gesichtspunkt wird besonders auch bei der Einleitung eines Volksentscheids in der Frage der Fürstenabfindung von vornherein sorgfältig zu berücksichtigen sein.

Kommt es in dieser Frage zu einem Volksentscheid, so werden auf Monate hinaus Zeit, Arbeitskraft und Geldmittel aller proletarischen Organisationen in einem an Ausschließlichkeit grenzenden Ausmaße angespannt werden, und die Arbeiterklasse wird ihre bisher größte Aktion in der Republik durchzuführen. Ist man sich darüber nicht von vornherein klar, so läuft man Gefahr, das die Aktion stecken bleibt, wie es mit den Bestrebungen der Siedler und Mieter auf Herbeiführung des Volksentscheids geschehen ist.

Hätten wir bereits einmal einen Volksentscheid auf Volksbegehren erlebt, so wären diese ganzen Ausführungen nicht nötig, weil jeder Parteigenosse aus der Erfahrung wüßte, was er bedeutet. Da aber diese Erfahrung fehlt und bisher nirgends in der Öffentlichkeit eine Aufklärung über die Frage erfolgt ist, habe ich sie hier gegeben. Ich hoffe, das die Diskussion über den Volksentscheid dadurch aus dem Rahmen gefühlsmäßiger Forderungen in das Geleise nüchternen Erwägungen über die praktische Durchführung gelenkt wird und die Genossen im Lande dabei nicht nur das „Ob“ sondern auch das „Wie“ nach allen Richtungen erörtern. Das ist die erste Voraussetzung für die siegreiche Durchführung des Volksentscheids.

Je mehr die gegenwärtige Wirtschaftskrise sich auswirkt, das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter sich vermehrt, die Not auch in bisher von ihr verschont gebliebene Kreise des Mittelstandes eindringt, desto dringender wird die Notwendigkeit, Volk und Staat vor den Raubgelfäften der ehemaligen Fürsten zu schützen. Gelingt das nicht auf dem Wege der normalen Gesetzgebung, so bleibt trotz aller Schwierigkeiten, die man von vornherein ins Auge fassen muß, kein anderer Weg als der eines Appells an das werktätige und notleidende Volk selbst.

Der sozialdemokratische Parteivorstand nahm in einer Besprechung am gestrigen Montag zur Frage der Herbeiführung eines Volksentscheids über die Fürstenabfindung nochmals Stellung. Zur Frage der Fürstenabfindung liegen im Reichstag eine Reihe von Anträgen vor, über die der Reichsausschuß des Reichstages in den nächsten Tagen entscheiden wird. Diese Entscheidung muß abgemerkt werden, denn die Erledigung dieser Anträge wird für die Formulierung eines Volksentscheids zu unterbreitenden Antrages von Bedeutung sein. Sobald über den Mehrheitswillen des Reichstages in dieser Frage Klarheit vorhanden ist, wird der Parteivorstand den Partelausschuß einberufen, um mit ihm zur Fürstenabfindung nochmals Stellung zu nehmen.

Die „Rote Fahne“ kündigt heute an, das die Kommunistische Partei mit dem Ziel der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, das Volksbegehren beantragen und die dazu notwendigen Vorbereitungen einleiten will. — Die Kommunistische Partei dürfte weder über die nötigen organisatorischen noch über die ebenso unentschätzblichen finanziellen Mittel verfügen, um eine so weitgreifende Aktion durchzuführen zu können.

Mehrere Professoren der Medizin in Barcelona werden wegen „Verteidigung antipatriotischer Ideale“ unter Kuratel gestellt. Ein ex-liberaler Minister ist nach Barcelona entlassen worden, um die Fakultät zu „inspizieren“ und die „Verantwortlichkeiten“ festzustellen.

Ein Erfolg republikanischer Studenten.

Beendigung des studentischen Verfassungskampfes in Baden.

Während in den meisten deutschen Ländern unmittelbar nach dem Kriege die studentische Selbstverwaltung durch ministerielle Besordnungen geregelt und die bestehenden Vertretungsorgane zu staatlich anerkannten Zwangsorganisationen ausgebaut wurden, fehlte eine solche studentische Regelung bisher in Baden. Die dortigen allgemeinen Studentenausschüsse waren lediglich vorläufig vom Ministerium anerkannt.

Im Mai v. J. gab das Badische Kultusministerium Richtlinien für die Säugung der Studentenschaft heraus, um eine endgültige Regelung vorzubereiten. Auf Grund dieser Richtlinien sollten die Einzelstudentenschaften von Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe Säugungen ausarbeiten, von deren Genehmigung das Ministerium ihre weitere Anerkennung als Vertretung der Gesamtheit der Studierenden der betreffenden Hochschulen abhängig machte. Dieses ministerielle Eingreifen war nötig, da es sich im Laufe der Zeit herausstellte, das die studentischen Selbstverwaltungsorgane von den politisch rechnerorientierten Gruppen in der Studentenschaft für ihre Zwecke mißbraucht wurden.

Ueber die Ausgestaltung dieser Säugungen ist es zu lebhaften Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft gekommen. Vor allem um die Frage der Zugehörigkeit der Deutschösterreicher und Auslandsdeutschen zur Studentenschaft, die seit ihrem Befehlen auf großdeutscher Grundlage aufgebaut ist, ist bereits seit 6 Jahren in der „Deutschen Studentenschaft“ heftig gekämpft worden. Denn die völkischen Gruppen verlangten bisher, das außer den Reichsdeutschen nur die in den österreichischen und judendeutschen Studentenausschüssen vertretenen östlichen Studenten (die die Kreise 8 und 9 der Deutschen Studentenschaft bilden) auch vollberechtigte Mitglieder in den reichsdeutschen Studentenschaften sein sollten. Praktisch bedeutete das die Schaffung von zweierlei Recht für die völkischen Gruppen einerseits und die freibewilligen und sozialistischen Studenten andererseits, deren Organisation in Wien allein fast 3000 deutsche Studenten angehören. So wuchs sich der studentische Verfassungskampf in Baden zu einer erneuten Auseinandersetzung zwischen den völkischen und nichtvölkischen Studentengruppen aus.

In dieser Auseinandersetzung haben nach siebenmonatlichem Kampf die nichtvölkischen Gruppen die Oberhand behalten. Künftig gehören außer den Reichsdeutschen alle Studierenden deutsch-österreichischer Staatsangehörigkeit der Studentenschaft an, während über die Zugehörigkeit der übrigen Auslandsdeutschen das Rektorat, also eine unparteiische Instanz, entscheidet. Damit ist an einem entscheidenden Punkt dem bisherigen Mißbrauch der studentischen Selbstverwaltung für die parteipolitischen Zwecke des „Hochschulringes deutscher Art“ und seiner Abwiger ein Riegel vorgeschoben.

Es hat sich in diesem Kampf herausgestellt, das die führenden Kreise der „Deutschen Studentenschaft“, die stets das Recht der Einzelstudenten auf Selbstverwaltung betont haben, dieses gleiche Recht preisgegeben bereit waren, wenn es für ihre parteipolitischen Zwecke nicht mehr verwertbar war. So traten aus dem Heidelberger Allgemeinen Studentenausschuß der Hochschulring deutscher Art, der sich dort „Großdeutsche Studentenschaft“ nennt, und die Deutsch-Österreichische Studentengruppe aus, als sie nicht mehr über die

nötige Zweidrittelmehrheit verfügten, um ihre Forderungen in der neuen Verfassung durchzusetzen, und brachten damit die studentische Selbstverwaltung in Heidelberg an den Rand des Zusammenbruchs. Lediglich durch das Verantwortungsbewußtsein der republikanischen und katholischen Gruppen, die allein die Arbeit weiterführten, konnte das drohende Ende vermieden werden. Dieser politische Radikalismus wurde schließlich sogar einzelnen Teilen des Hochschulrings zuziel. Die Korps, die heute gegenüber den Burschenschaften den gemäßigten Teil der Korporationsstudenten darstellen, machten die Sabotagepolitik des Hochschulrings schließlich nicht mehr mit und erreichten dadurch eine Rückkehr der ausgetretenen Gruppen in den Allgemeinen Studentenausschuß unter Anerkennung der Forderung der republikanischen Gruppen auf Ausschaltung aller parteipolitischen und rassepolitischen Fragen aus dem Gebiet der studentischen Selbstverwaltung, insbesondere unter Aufgabe der seit 6 Jahren geübten Praxis der völkischen Auslese der Auslandsdeutschen.

Die in Baden nunmehr erzielte Lösung zeigt den Weg, auf dem eine Lösung des seit 6 Jahren bestehenden Verfassungskampfes auch für die gesamte deutsche Studentenschaft zu erfolgen hat. Die Einzelstudentenschaften sind staatlich anerkannte Zwangsorganisationen, denen jeder immatrikulierte Studierende zur Beitragszahlung verpflichtet ist. Es ist unmöglich, das republikanische Regierungen die Hand dazu reichen, von jedem Studierenden Beiträge einzuziehen zu lassen für eine Organisation, die in einzelnen Teilen eine reine Vertretung völkischer Gruppen ist. Nur eine Revision des Studentenrechts in Preußen und den anderen Hochschulländern, insbesondere in Oesterreich, nach badischem Vorbild kann die studentischen Selbstverwaltungsorgane zu einer wirklichen Vertretung der Gesamtheit der Studierenden machen, kann insbesondere die dringend notwendige Entpolitisierung der studentischen Selbstverwaltung bringen.

Reger-Revue. Vor etwa einem halben Jahre tanzten und sangen und musizierten die Chocolate-Riddies zum erstenmal in Berlin in afrikanischer Wildheit, wenn auch mit einem Europa-Nord-Amerika-Einblick. Jetzt hat sich Nelson die Reger-Revue aus den Champs Elysees verschrieben, das sind Zufälligkeiten, trotz all ihrer Bräune und Schwärze, mit der, scheint mir's, es auch nicht mehr allzumeist her ist. Fabelhafte Tänzer, von unerhörter Erquicktheit und Gelentigkeit. Ein Jazzorchester feuert sie an — oder ist es umgekehrt? Der Mann am Schlagzeug scheint irgendwie unterirdisch mit den Menschen auf der Bühne verbunden zu sein ihre Bewegungen vorauszuahnen, mit solcher Sicherheit freit jedesmal ein Pauken- oder Beckenschlag ein. Dazwischen jongliert er mit seinen drei Schägeln, begrünt besonders gute Nummern und scheint sonst teilnahmslos für alles andere, sich dem heiligen Rhythmus der Jazzmusik zu weihen, die unseren europäischen Ohren ja schon längst durchaus nicht mehr ungewohnt eintrifft. Hören die Regendarsteller sie überhaupt noch? Ihre Augenblicke schäntern unauffällig, federn, drehen sich, Innozenzen müssen diese Gummimenschen sein. Josephine Baker, eine Groteskfräulein, kann alles, nur unmöglich einfach auftreten geben. Bei dem Versuch beginnen ihre Glieder sich zu verrennen, ihr Hoß macht Würgebewegungen wie der einer Gans, der man eine zu große Kugel hineingesteckt hat, und ihr Hinterfuß gerät ins Bodeln; so geht sie ab. Sonst singt sie auch, manchmal mit ihrer eigenen Stimme, piepsig, quiechend, jedoch

Für die Minderheiten in Polen.

Programmforderung der PPS.

R. Ba. Warschau, 3. Januar. (Fig. Ber.)

In der so ausgedehnten innerpolitischen Debatte des polnisch-sozialistischen Parteitags spielte die Frage der nationalen Minderheiten, die selbst nach der amtlichen Statistik in Polen 35 Proz. betragen, nur eine geringe Rolle. Indessen wurde sie doch mehrfach erwähnt, so von dem Abg. Czerkowski-Lodz Umgehung, der entschieden für die Aufrechterhaltung der deutschen Minderheitsschulen eintrat. Ein anderer Oppositionsredner, Genosse Holuwa, führte gegenüber der Beratung der Koalitionsfreunde auf die Pflichten der Demokratie aus, von Demokratie dürfe man in einem Lande nicht sprechen, das seine Minderheitsvölker rechtlos sein lasse.

Es hat auf dem Kongress nicht an Demonstrationen der Sympathie für die polnische Minderheit in der Tschechoslowakei gefehlt. Aber jenes gesetzlich verbürgte Recht aller über 20 Proz. im Bezirk ausmachenden Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Amt und Gericht ihre Sprache angewendet zu sehen — das besteht in Polen noch nicht. Man arbeitet zwar in stark nichtpolnischen Bezirken mit Dolmetschern — aber Urteile und Bescheide ergehen nur polnisch, und Klagen wie Anträge müssen gleichfalls polnisch eingereicht werden.

Runmehr scheint jedoch die PPS. — gewiß auch unter dem Eindruck der Pariser Weltkongressbeschlüsse und der zahlreichen Auslandsdelegationen zu ihrem 20. Kongress — die Initiative zu einer gerechten Regelung des Minderheitsrechts ergreifen zu wollen. Auf Antrag des Abg. Gen. Czajinski-Warschau hat der Kongress einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

Wir erkennen das grundlegende Recht jeder Nation auf Selbständigkeit an und bekräftigen den Beschluß unseres vorigen Parteitags, das die Frage der Minderheiten, vor allem der in den Ostmarken, eine der Hauptfragen für den polnischen Staat ist. Der Parteitag fordert die Parlamentsfraktion auf, alle Mittel einzusetzen, um die berechtigten Wünsche der Minderheiten, besonders in der Fragen der Selbsterhaltung und des Schutzes gegen Polizei- und Verwaltungsmißbräuche zu erfüllen.

Wir wollen eine selbständige ukrainische Universität in Lemberg errichtet sehen. Wir protestieren ferner gegen das System utraquistischer (zweisprachiger) Schulen.

Der Kongress fordert die Parteiliste auf, engsten Kontakt mit den sozialistischen Parteien der Minderheitsvölker zu halten, um mit ihnen gemeinsam den Kampf zu führen gegen polnische wie gegen minderheitliche Reaktion und Chauvinismus.

Wenn sich diese Resolution zum größeren Teil auf die Ostländer bezieht, so mag dies seinen Grund in gewissen großrussischen Bestrebungen nach Wiedergewinnung der polnischen Ostgebiete für den Sowjetstaatenbund haben.

Über die Resolution bezieht sich auf alle Minderheiten, und somit auch auf die deutsche. Wir haben nach dem ganzen Verlauf des Parteitages und nach persönlichen Eindrücken aus zahlreichen Gesprächen Anlaß zur Erwartung, das die PPS. es bei dieser Kongressresolution allein nicht bewenden lassen wird. Als mitregierende Partei wird sie mehr tun können — wenn auch nicht im Handumdrehen.

Die Rundgebung des Kongresses allein aber ist gerade für uns als Nachbarn Polens, als Sprachgenossen der meistpolnischen Minderheit ein hocherfreuliches Bekenntnis der polnischen Sozialdemokratie, das sie zu ihrem Teil energisch beitragen will zu dem guten Werk der Entgiftung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland, zwischen diesen zwei Nachbarstaaten, die sich doch nicht dazu von kriegstroher Monarchenherrschaft befreit haben, um selbst nicht zu mahrem Frieden miteinander gelangen zu können.

auch zum Götterbarmen, manchmal mit dem Sargophan des Orchesters, zu dessen quäsenden Tönen sie die Kundbewegungen macht. Und immer, immer lang sie, ebenso wie der männliche Star Louis Douglas, der mit unglaublicher Komik den „Sterbenden Schwan“ der Pawlowa parodiert und mit den Füßen seine Reife von Amerika nach Berlin ergaßt. Man könnte noch mehr Namen aufzählen. Wozu? Die Truppe ist klein und insgesamt so erschaunlich, das es ungerecht wäre, mehr als diese beiden zu nennen. Das Theaterden am Kurfürstendam, bis auf den letzten Nag gefüllt, bejubelt und betrompelt und beklagt die Truppe beinahe afritanisch, was doch gar nicht ganz stimmig war.

Die Großstadt der Zukunft. Das Urania-Theater veranstaltet gegenwärtig eine sehr interessante Ausstellung „100 000 Volt“ in ihren Räumen in der Laubenstraße. In Hand von Zeichnungen, Photographien und kleinen Modellen wird hier das Wesen der Elektrizitätsversorgung durch Großkraftwerke eingehend veranschaulicht. Im Rahmen dieser Ausstellung läuft ein neuer Film „Die Großstadt der Zukunft“. Die Gegenwart steht im Zeichen der Elektrizität. Weltsche Phantasien scheinen sich verwirklicht zu haben oder sind bereits durch die Tatkraften überboten worden. Die Dynamo verdrängt die Dampfmaschine, die Großstadt ist nicht mehr verrußt und verträumt wie früher. Das Leben verläuft schneller und reibungsloser. Im Rahmen eines Kleinbilds bringt der Film die vorausgezeichnete Schilderung der Großstadt der Zukunft im Zeitalter der Elektrizität. Zuerst die Darstellung des sogenannten Kleinbildischen Idylls, das aber für den modernen Menschen alles andere eher als ein Ideal bedeutet. Man träumt vielleicht davon, aber man möchte es in Grunde nicht verwirklicht sehen. In dieser kleinen Stadt wird nun darum gekämpft, ob sie sich der Industrie und damit der Entwicklung zur Großstadt öffnen soll. Schließlich legt die Fortschrittspartei ihren Willen durch. Die Stadt wandelt sich allmählich zur Großstadt, die vollkommen im Zeichen der Elektrizität steht. Ausgezeichnete Photographien von Kraftwerken, von modernen Verkehrsanlagen steigern das Interesse. — Die Ausstellung ist täglich von 6 bis 10 Uhr abends geöffnet und die Filmvorführung findet bis zum 10. Januar, abends um 9 Uhr, statt.

Neue Beschlagnahme des „Simplicissimus“. Bekanntlich hat die Münchener Polizeibehörde die Nr. 37 des „Simplicissimus“ wegen einer Zeichnung von Heinrich Heine, auf der einige nackte Modelle in der troden sachlichen Art des Künstlers dargestellt waren, beschlagnahmt. Darauf reagierte der „Simplicissimus“ in seiner Nr. 43, indem er dem Staatsanwalt eine Anzahl Radipholos aus unbestanden gebliebenen Zeitschriften vorführte, zu denen der brave „Normalmensch“ die Bemerkung macht: „Nieder mit der Karikatur! Sie verbirbt mir die Freude an den täglich erscheinenden süßen Bildern.“ Diese Seite, die den Unterschied zwischen freier künstlerischer Gestaltung und bewusster Nudität heraushebt, hat wiederum das Reichsgericht des Stuttgarter Amtsgerichts erregt, das daher mit förmlicher Verfügung die Beschlagnahme der Nr. 40 verfügte.

Volksbühne. Im Theater am Bülowplatz findet am 9. Januar, abends 7½ Uhr, die Aufführung von Diegen Schmidts Volksbühne. „Som lieben Augustin“ hat. Die Alerolle spielt Alexander Bronsch, das Weltweibel Franz Koloff. In den übrigen Hauptrollen sind beschäftigt: Grete Bäß, Karl Hannemann, Peter Ahle, Sigmund Lemberg, Leo Neuf, Gerhard Ritter, Lukas Rog, Armin Schweizer, Fritz Staube.

Dauersummer und kurzes „tüt“.

Mit dem 1. Januar 1926 tritt im Verkehr nach dem Selbstschlußamt Behlendorf für alle Groß-Berliner Teilnehmer folgende Änderung in Kraft:

Wird der Teilnehmer nach Behlendorf sprechen, so antwortet die Beamtin des Amtes des Anrufers: „Ich verbinde weiter.“ Diese weitere Stelle meldet sich dann mit „Hilfsamt“. (Die bisherige Bezeichnung „Nittos“ verschwindet.) Dem Hilfsamt muß nun der anrufende Teilnehmer nochmals „Behlendorf“ und außerdem die Nummer des verlangten Anschlusses nennen. Hat das Hilfsamt die Verbindung mit dem freien Anschluß hergestellt, so hört der Anrufende alle zehn Sekunden eine Sekunde lang eine hohen kurzen Summerion „tüt“, das „Freizeichen“. Der Hörer ist dann am Ohr zu behalten, weil der Behlendorfer Teilnehmer sich jeden Augenblick melden kann. Antwortet der Anrufende in angemessener Zeit aber doch nicht, so ist der Hörer anzuhängen, weil der gewünschte Teilnehmer anscheinend nicht anwesend ist. Es sind folgende Gegenstände zu beachten: 1. Der dem Berliner Teilnehmer geläufige Dauersummer gilt nach wie vor als Besetzzeichen, also auch im Verkehr mit Behlendorf. 2. Das in geräumigen Pausen gehörte kurze „tüt“ sagt, daß die Verbindung mit einer freien Anschlußleitung hergestellt ist. Jede Verwechslung dieser einfachen Regeln bringt allen Beteiligten Verdruss.

Mord im Alkoholaufsch.

Die Bluttat in Charlottenburg aufgefährt.

Das Verbrechen an dem Schuhmacher Grau ist trotz der sehr weitverbreiteten Umstände bereits aufgeklärt worden. Neben dem Täter fand man, wie wir schon mitteilten, ein altes Rasiermesser, mit dem ihm der Hals durchgeschnitten worden war. Dieses Messer wurde als Eigentum eines 23 Jahre alten Kattstellers Richard Schreiber in der Büchlingstraße ermittelt. Der Kriminalpolizei gelang die Ermittlung Schreibers durch den Umstand, daß auf dem Rasiermesser mikroskopisch klein der Name Schreiber eingetritzt war. Obwohl Schreiber bei seiner Vernehmung behauptet, er sei vollkommen betrunken gewesen und könne sich auf nichts mehr besinnen, darf er als der Tat überführt gelten. Die Vernehmung hat folgendes ergeben:

Durch Zeugenvernehmungen wurde auch ermittelt, daß Schreiber in der Silberrstraße sich in der Gegend der Herberstraße aufgehalten hatte. Er hatte dort in der Nähe seiner Arbeitsstelle mit mehreren Bekannten den Jahreswechsel gefeiert und sich dabei schwer betrunken. In der Trunkenheit hatte er auch das Rasiermesser aus der Gefäßtasche gezogen, damit herumgeschickelt und erklärt, er werde jedem, der ihm in den Weg trete, den Hals abschneiden. Zu den Schergenossen gehörte auch der Dispreuße, der, wie wir mitteilten, zunächst in den Verdacht der Täterschaft geriet. Nach diesen Feststellungen beobachteten Beamte der Markkommission gestern den ganzen Tag über Schreibers Quartier in der Büchlingstraße. Als er abends nach Hause kam, nahmen sie ihn fest und brachten ihn nach dem Polizeipräsidium. Seine Kleidung, der Rock, besonders aber die Manschetten des Oberhemdes, waren mit Blut stark besudelt. In dem eingehenden Verhör, dem er im Laufe der Nacht unterzogen wurde, erklärte er, er sei so betrunken gewesen, daß er sich auf nichts mehr besinnen könnte. Er könne die Tat weder zugeben noch bestreiten. Das Rasiermesser erkannte er als sein Eigentum an. Wie es aus seiner Tasche heraus und neben die Beine Graus gekommen sei, wisse er nicht. Den Schuhmacher Grau hat der Verhaftete gar nicht erkannt.

Wie die Zeugenvernehmungen ergaben, verließ Schreiber mit dem Dispreußen ein Lokal, um einen anderen Freund zu suchen, der nicht weiter mehr mitkneipen wollte. Das ist derselbe junge Mann, der durch das Schuhmannsches Lokal nach der Straße zu entkommen versuchte und erklärte, daß er verfolgt werde, während Schreiber und der Dispreuße auf dem Hofe das Gitter abrißen. Diese beiden stiegen nun auf dem Hausflur, von dem der Freund schon weggefahren war, auf Grau. Gleich darauf verließ auch der Dispreuße den Hof und ging davon, nachdem er noch nach Schreiber vergeblich gärrufen hatte. Zwischen diesem und Grau muß es nun zu einem Streit gekommen sein, der das verhängnisvolle Ende nahm. Grau hat Schreiber besonders wohl deshalb zur Rede gestellt, weil er glaubte, daß er einen anderen ernsthaft verfolgte und bedrohte. Nach der Bluttat, deren er sich durchaus nicht mehr entsinnen will, hat er zunächst irgendwo auf einem Treppenturm und dann in der Wärmehalle in der Drafenstraße geschlafen.

Hirschgarten soll Kanalisation erhalten.

Die zur Einheitsgemeinde Berlin gehörende Kolonie Hirschgarten zwischen Köpenick und Friedrichshagen hat noch keine Schmutzwasserkanalisation. Die Hauswässer von zum Teil dreistöckigen Wohngebäuden fließen in Sammelgruben und werden dann abgefahren oder in den Hausgärten vertrieben. Dieser Zustand ist bedenklich, und Einwohner von Hirschgarten haben schon die Polizei darauf aufmerksam gemacht. Die Sammelgruben füllen sich durch Abortschmutzwasser sehr bald. Bei nicht sorgfamer Wartung laufen sie über und die Schmutzwässer laufen auf die Straßen und durch die Rinnsteine in die Spree. Die Wände der Gruben sind oft undicht, so daß das Grundwasser verunreinigt werden kann. Abhilfe soll jetzt geschaffen werden durch Anschluß an das vom Kanalisationspumpwerk Köpenick nach dem Rieselgraben angelegte neue Druckrohr. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten um Zustimmung. Die Arbeiten sollen im Frühjahr begonnen und im Sommer beendet werden.

Wellische Schule in Charlottenburg. Eltern und Erziehungsberechtigte, die gewillt sind, ihre schulpflichtigen Kinder in die zu Eltern 1926 geplante wellische Schule einzuschulen oder umzuschulen, werden gebeten, ihre Adresse der Geschäftsstelle der Freien Schulgemeinde Charlottenburg, Bagreuther Str. 25a, oder bei den nachfolgenden Parteifunktionären umgehend einzuliefern: 1. Heideich, Haeßelerstr. 10; 2. Lindhoff, Siedingstr. 35; 3. Hentel, Guerickestr. 42; 4. Hammer, Potsdamer Straße 44; 5. Reich, Pestalozzistr. 71; 6. Plerow, Rieuhstr. 23, und Frau Schenckelowsky, Reineckestr. 25, Gartenhaus portierte.

Wohnungsnot im Westen durch Hochwasser.

Die Wohnungsnot, die durch das Hochwasser im Westen Deutschlands hervorgerufen worden ist, hat die Vorstände der Mieter-Schutzverbände des Rheinlandes, Westfalens und der bergischen Lande veranlaßt, zu der im Ueberschwemmungsgebiet eingetretenen Notlage Stellung zu nehmen; sie haben Telegramme an die Reichsregierung, an die preussische Staatsregierung, den Reichstag und den Landtag geschickt. Darin wird gesagt: „In den durch Hochwasserkatastrophe schwer heimgeführten Gebieten Rheinlands und Westfalens herrscht größte Not. Mitleid des Reiches und der Gemeinden durchaus ungenügend. Die im Bund deutscher Mietervereine e. V. vereinigten Mieterverbände Rheinlands und Westfalens und des bergischen Landes fordern von der Reichsregierung, den Parlamenten und Gemeinden sofortige Bereitstellung hinreichender Mittel zur Behebung der eingetretenen großen Notlage. Durch Hochwasser sind viele Wohnungen unbrauchbar geworden, die große Wohnungsnot ist weiter verschlimmert. Schaffung von Ersatzwohnungen höchste Pflicht von Staat und Gemeinden durch Sicherstellung der erforderlichen Geldmittel. Nicht einzelnen Interessenten Geldmittel geben, sondern behördlichseits Vorkehrungen treffen, daß sie zweckmäßig Verwendung finden.“

Bei Hochwassernachrichten aus dem mittleren Rheingebiet lauten von Tag zu Tag günstiger. Im Gegensatz dazu kommen aus dem Gebiet des Niederrheins noch

Die Regierungsfrage.

Die Diskussion über Müllers Referat.

In der Diskussion über das Referat des Genossen Hermann Müller zur Frage der Regierungsbildung sprach als erster

Dr. Kurt Rosenfeld: Er betonte, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei unmöglich und für die Partei untragbar sei. Eine richtige Politik in der Frage der Fürstenabfindung kann viele Vorteile für die Partei bringen. Der Redner fordert den Volksentscheid. Die Einwendungen Müllers läßt Genosse Rosenfeld nicht gelten. (Beifall.)

Dr. Fabian ist der Meinung, daß eine Regierung der großen Koalition bei den 8 Millionen Wählern im Lande keinen Anhang finden würde. Es besteht keine Aussicht, daß wir Sozialdemokraten in einer solchen Regierung nennenswerte Erfolge haben würden. Man will uns nur an der Regierung beteiligen, weil man die Folgen der verkehrten Wirtschaft auch von den sozialdemokratischen Ministern verantwortet sehen will.

Hermes-Stieglich schließt sich den Ausführungen Müllers an und bemerkt gegenüber dem ersten Diskussionsredner, daß in solchen Fragen irgendwelche demagogischen Redefunktionen nicht angebracht sind.

Hildenbrand: Die Reichstagsfraktion wird unbeschadet der Stellungnahme der Berliner Organisation in der nächsten Zeit wieder über eine Beteiligung an der Regierung verhandeln müssen. Dabei muß sich aber die Berliner Parteigenossenschaft darüber klar sein, daß die Entscheidung der Partei aufmerksam in Frankreich und anderen außerdeutschen Ländern verfolgt wird. Wir haben im Anfang der Staatsumwälzung die Grundlagen der Republik festlegen helfen; die Auslegung und Anwendung der Verfassung überlassen wir den Rechtsparteien. Die Arbeiterkassen verlangen von unserer großen Fraktion, daß sie die Wirtschaftsfragen und die Sozialpolitik in ihrem Sinne beeinflusst.

Künzler: Die Entscheidung, ob die Sozialdemokraten sich an der großen Koalition beteiligen sollen oder nicht, hängt mehr von der Haltung der Partei als von uns ab. Man will offenbar mit unserer Hilfe die Schwierigkeiten dieses Winters überwinden, um uns dann im Frühjahr oder im Sommer wieder hinauszumweisen und uns, belastet mit den Regierungsbefehlen, in den Wahlkampf zu schicken. In der Frage der Fürstenabfindung und des Volksentscheides müssen wir die Führung behalten.

Kloßhoffmann: Ein scheitrender Volksentscheid ist noch lange keine große Blamage. Der Redner schließt sich den Ausführungen Künzlers und Rosenfelds an.

Schnebach ist gegenüber Hildenbrand der Meinung, daß die

immer beunruhigende Nachrichten. Der Koblenzer Pegel zeigte am Montagabend einen Stand von 7,22 Meter. Das Wasser fällt stündlich zwei bis drei Zentimeter. Da der Koblenzer Pegel als Maßstab für die gesamte Rheinschiffahrt gilt und bei einem Stand von 7,20 Meter des Koblenzer Pegels die Schifffahrt wieder zugelassen ist, ist damit zu rechnen, daß heute vormittag die Rheinschiffahrt wieder aufgenommen worden ist. Die Hochwassergefahr ist am Niederrhein so groß, daß die ganze Bevölkerung selbst der zum größten Teil sicher gelegenen Stadt Aken in der stärksten Aufregung lebt.

In Belgien haben die Ueberschwemmungen zahlreiche neue Opfer gefordert. Bei Gerain ist ein Damm eingestürzt, und dadurch ein Häuserviertel überflutet worden. Eine Barke mit acht Personen kenterte, sämtliche Insassen ertranken. In Dülich wurde ein Haus so plötzlich vom Wasser überflutet, daß drei Kinder nicht mehr gerettet werden konnten und ertranken.

Hochwasser in Paris.

Paris, 4. Januar. (Eigener Bericht.)

La Seine monte — Die Seine steigt! Das ist augenblicklich die Pariser Parole. Und selbst die neuen Finanzpläne Herrn Downers und die demalsten Beine des Barletstars Mademoiselle Müllers erregen nicht soviel Interesse wie die täglichen Hochwasserberichte. Man wetzt jetzt schon, ob die sogenannte „cote des estrasses“, die verhängnisvolle Seite, erreicht wird oder nicht. Gemeint ist die Pont d'Austerlitz, die allen Pariser als Barometer dient. Im Neujahrstage stand hier die Flut erst 4,76 Meter hoch — der Wetterdienst hatte aber mindestens 5,10 Meter prophezeit. Man rechnet jetzt mit dem Maximum der Fluthöhe von 5,30 Meter gegen den 5. und 6. Januar. Und im Ministerium für öffentliche Arbeiten beraten der Polizeipräsident, der Feuerwehrdirektor, der Maire von Paris, und wenn sie fertig sind, werden sie fotografiert für die Zeitungen, damit die Pariser auch sehen, wie man um sie besorgt ist.

Witterungswerte aber steigt die Flut. Alle Seineastseen unter Wasser. Die Flußschiffahrt ist eingestellt. Die hohen Platanen der Uferpromenaden stehen trübselig frierend im Wasser, die Landungspfähle sind weggeschwemmt und ganze Ladungen von Holz treiben auf den schwebenden Platanen dahin. Man verläßt sich noch im letzten Augenblick, die Sand- und Kiesladungen zu retten. Ueberall am Kai Louvres, am Trocadero, am Courcelles waren Dampftrane und Lastautos in Tätigkeit, und die armen Lastgäule standen geduldig stundenlang bis an die Knie im Wasser und warteten darauf, daß man ihre plumpen zweirädrigen Karren betrete. Der Vergnügungspart der Kunstgewerbeausstellung ist schon überflutet und die Steinfiguren in ihren Holzstühlen nehmen Sitzbader. Ebenso steigt die Flut zwischen den beiden Bahnhöfen Austerlitz und Quai d'Orléans. Und wenn die Seine hier noch weiter kommt, so wird Aristide Briand nicht mehr ins auswärtige Amt können, das direkt am Quai d'Orléans liegt.

In der „banlieue“ der Banneville von Paris, ist die Lage am gefährlichsten. In Choisy-le-Roi sind viele Gärten und Höfe überflutet, die Avenue des Maronniers steht unter Wasser, hier haben auch schon die ersten Familien flüchten müssen. Ebenso sind mehrere der kleinen Flusinseln, wie die Ile Corbières und die Ile de la Nante, überflutet. Im übrigen sind gerade die Bewohner der südlichen und südwestlichen Vororte am meisten dem Hochwasser ausgesetzt, weil hier die Seine nicht von hohen Ufermauern eingefaßt ist. Und man begreift, daß sich der Unmut dieser Auswanderer wider Willen in heftigen Vorwürfen gegen eine angeblich saumleilige Behörde Luft macht.

Die Pariser aber haben mittlerweile ihr Vergnügen am Hochwasser. Auf allen Brücken stehen sie und amüsieren sich. An den Uferkais halten nach wie vor die Bücherhändler vor ihren Ständen, und die Bücherwürmer wühlen in den Schatzen und alten Stichen, unbefürchtet um das Wasser, das dicht unter ihnen vorbeisprudelt. Auf den Uferstufen aber stehen Angler und werfen in der Hoffnung auf Segen ihre Haken aus, und alles schaut zu, ob es schnappt.

Und dabei fällt der Regen jeglichen Tag. Seit acht Tagen war nur einmal etwas Sonne. Man wandelt unter Regenschirmen. Nachts fliegen auf den Dächern am Louvre die Obdachlosen von Paris. Sonst hatten sie unter den Brückenbogen geschlafen, auf den Stapelplätzen zwischen Gerümpel und Schutthaufen. Jetzt brodeln dort unten das Wasser —

Geschäftliche Mitteilungen.

Das allbekannte Kaufhaus Singer & Co. G. m. b. H., Chausseestraße 61-62, des Reichs, beginnt mit seinem üblich nur einmal stattfindenden Inventur-Kaufmann. Da nur wirklich gute Qualitäten zum Verkauf gelangen und die Preise ganz enorm herabgesetzt sind, bietet sich eine besonders günstige Gelegenheit zu vorzüglichen Einkäufen.

Teilnahme an einer Koalitionsregierung kein Stück politischer Machtentfaltung ist.

Schulze verlangt von der Leitung der Partei eine bindige Erklärung, daß wir eine Beteiligung an der Großen Koalition unter allen Umständen ablehnen.

Waderholz: Das Experiment mit der Großen Koalition ist schon einmal gescheitert, deshalb brauchen wir es nicht wiederholen. In einem Parlament mit bürgerlicher Mehrheit ist keine Politik im Interesse der Arbeiterklasse möglich. Nur wenn die Sozialdemokraten den entscheidenden Einfluß hätten, könnten wir mitmachen.

Hermann Müller

erklärt in seinem Schlußwort, daß im Lande die Parteigenossen die Dinge viel ruhiger beurteilen als es in Berlin geschieht. Er betont noch einmal, daß er durchaus der Auffassung ist, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Große Koalition unmöglich ist. Müller polemisiert gegen die Diskussionsredner, wobei er die Frage stellt, ob die Redner etwa der Ueberzeugung seien, daß sie außerhalb der Regierung unter allen Umständen mehr erreichen könnten, als wenn wir uns an der Regierung beteiligten. In der Frage des Volksentscheides bei der Fürstenabfindung ist allein die Aussicht auf Erfolg maßgebend. Die Regierungsbildungen im Ausland sollten wir zwar nicht beeinflussen, wohl aber aufmerksam verfolgen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob zuverlässige Friedensfreunde und Demokraten oder Nationalisten dort am Ruder sind. In dem Augenblick, wo die Deutsche Volkspartei die Rolle des Jungleins an der Waage nicht mehr innehat, wird sie sich zur Großen Koalition anders stellen als jetzt. Der Redner legt dann noch im einzelnen dar, wie die Erhaltung der Republik uns vor Aufgaben und Anforderungen stellen kann, die auch eine Große Koalition möglich und erträglich machen könnten. Die Massen müssen bei unserer Politik zu der Auffassung kommen, daß ihre Interessen bei der Sozialdemokratie am besten aufgehoben sind.

Darauf erfolgte die Annahme der Resolution Rosenfeld, deren Wortlaut wir bereits mitgeteilt haben.

In dem Bericht der heutigen Morgennummer des „Vorwärts“ über das Referat des Genossen Hermann Müller in der Sitzung der Berliner Parteifunktionäre heißt es irrtümlich:

„Uns genügt zur Ratifikation Frankreich und Belgien, während auch England dabei haben möchte.“

In Wirklichkeit hat Genosse Hermann Müller den Tatsachen entsprechend erklärt, daß in dem Kochen Programm aus dem Verlangen der gleichzeitigen Ratifikation Englands verzichtet war.

Gewerkschaftsbewegung

20 Jahre Niederländischer Gewerkschaftsbund.

Am 2. Januar 1926 sind 20 Jahre vergangen, seit sich das niederländische gewerkschaftlich organisierte Proletariat im Niederländischen Gewerkschaftsbund seine Spitze und sein Machtzentrum schuf. Diese 20 Jahre umfassen eine so außerordentliche Leistung innerhalb der Geschichte der niederländischen Arbeiterbewegung, daß es begreiflich ist, wenn alle dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen sich dieses Tages vergangener Kämpfe gern erinnern.

Die erste gewerkschaftliche Zentrale war das als Inhaberschaftliche Institution noch heute bestehende Nationale Arbeitssekretariat, das im Jahre 1893 errichtet wurde. Es war die Zeit, wo nach der Sozialdemokratischen Partei das politische Leben der Niederländischen Arbeiter beherrschte, wo überall die christlichen Gewerkschaften auch zugleich die Ortsgruppen des Bundes bildeten und, abgesehen von den Großstädten, die sogenannte „gemischte Vereinigung“ aus Sozialisten und Gewerkschaftlern die organisatorische Grundform war. Im Jahre 1891 gingen die Gewerkschaften dazu über, ihre politische Neutralität stärker hervorzuheben, und das Nationale Arbeitssekretariat beschloß, keine politischen Parteien mehr in sich aufzunehmen und eine reine Gewerkschaftszentrale darzustellen. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts wurde das Sekretariat jedoch mehr und mehr in die anarchisch-syndikalistische Bewegung hineingerissen und stand der inzwischen entstandenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei außerordentlich feindselig gegenüber.

Die Gründung der Gewerkschaftsbewegung nahm ihren Ausgangspunkt von dem im Jahre 1894 begründeten Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiterverband, der von Anfang an als reine Gewerkschaftsorganisation aufgezogen war. Seiner organisatorischen Form und Kampfesweise schloßen sich nach und nach die Zigarrenmacher, die Zimmerleute und die Buchdrucker an, wodurch sie sich von dem Nationalen Arbeitssekretariat mehr und mehr entfernten. Als dieses im Jahre 1903 eine Reihe großer Streikbewegungen verloren hatte und die Arbeiterbewegung durch die reaktionäre Regierung Kupper geschlossen war, ergriff der Diamantarbeiterverband die Initiative zur Bildung einer neuen Gewerkschaftszentrale. Er erließ am 9. Februar 1905 einen Aufruf an alle Gewerkschaften des Landes, worauf am 26. Februar des gleichen Jahres eine erste und am 2. August 1905 eine zweite konstituierende Versammlung stattfand. Am 2. Januar 1906 trat der „Niederländische Verband von Volkvereinigungen“, N. V. V., ins Leben.

Der Gewerkschaftsbund ist in den 20 Jahren von Erfolg zu Erfolg gekommen. 21 Gewerkschaften mit insgesamt 18 960 Mitgliedern schlossen sich ihm sofort an. 1910 war die Mitgliederzahl bereits auf 40 623, 1914 auf 84 434 bei 35 angeschlossenen Verbänden gestiegen. Auch der Krieg unterbrach den Aufstieg nicht. Am 1. Januar 1919 wurden mehr als 159 000 Mitglieder gezählt, die im Jahre 1920 auf 247 700 Mitgliedern anwuchsen. Die große Nachkriegskrise war auch für den Gewerkschaftsbund ein schwerer Schlag: bis zum Jahre 1924 sank die Mitgliederzahl wieder auf 179 900. Seitdem geht es erfreulicherweise wieder aufwärts. Schon Anfang 1925 war die Zahl 184 000, am 1. Oktober 1925 die Zahl von 186 000 Mitgliedern in 27 angeschlossenen Verbänden überschritten. Der Niederländische Gewerkschaftsbund zählt jetzt mehr Mitglieder als alle christlichen und sonstigen Zentren zusammen.

Das Verhältnis zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war stets durch ein einmütiges Zusammenarbeiten auf der Grundlage der Verantwortung gegenüber der gesamten Arbeiterbewegung gekennzeichnet.

Noch lebt eine stattliche Zahl der Männer, die an der Wiege des Niederländischen Gewerkschaftsbundes gestanden haben, wie Jan van den Tempel als dessen erster Sekretär, Jan Dubegeest als dessen erster Vorsitzender, sowie Henri Polak, der auch heute noch Vorsitzender des Diamantarbeiterverbandes ist. Das Verdienst von Jan Dubegeest hat in der Jubiläumsummer von „Het Volk“ Genosse Steinhuis, der jetzige Verbandsvorsitzende, in warmer Weise gewürdigt. Man darf nach dem verheißungsvollen Anlauf zu neuem Aufschwung im letzten Jahre hoffen, daß der Niederländische Gewerkschaftsbund fernerhin mehr und mehr zum hervorragendsten Werkzeug des wirtschaftlichen und politischen Aufstieges des niederländischen Proletariates werden wird.

Um die Altersrente in der Knappschaft.

Auf Betreiben der Unternehmer hat die Reichsregierung bekanntlich eine Novelle zur Änderung des Reichsknapp-

